

Die Würzburger ÖDP für Migranten

OB-Kandidat Raimund Binder antwortet mit Dagmar Dewald (Liste ÖDP Platz 2) und Martina Blomberger (Liste ÖDP Platz 51) Wolfgang Jung von der Mainpost:

„Die Integration hat nie funktioniert, und sie wird auch nie funktionieren. Aber die Politik hält trotzdem daran fest. Der Begriff der Integration – es ist keine Erfindung von mir, sondern steht in jedem deutschen Duden drin – heißt sich Unterordnen unter das Ganze bei Aufgabe des Eigenen. Integration geht per se, per Definition von der Ungleichheit des Gegenübers aus. Wie kann etwas, was von der Ungleichheit des Anderen ausgeht, und im Wortkern eine Deutungshierarchie, eine Deutungshoheit von Kultur manifestiert, wie kann so etwas von gleichrangiger Mitbürgerlichkeit reden, vom gesellschaftlichen Miteinander? Das geht gar nicht! ‚Integration‘ suggeriert und behandelt diejenigen, die zu uns kommen, wie kulturlose Parier. Das sind sie aber nicht! Sie sind eigenständige Kulturwesen. ‚Integration‘ aber ignoriert das. Der Begriff, der Gedanke, die Politik der Integration ignoriert den, der kommt in seiner ursprünglichen kulturellen Identität. Integration hat nie funktioniert, weil es das falsche Instrument des Miteinanders ist. Es geht von der Ungleichheit des Gegenübers aus, und ist permanente Demütigung.“ Renan Demirkan, Quelle: <http://erenguevercin.wordpress.com/renan-demirkan/>

1. Finden Sie, dass da was dran ist oder sind Sie anderer Ansicht? Sollten Sie Frau Demirkan zustimmen: Was bedeutet das für Ihre Arbeit im Stadtrat?

Die soziologische Duden-Definition von Integration, der wir uns anschließen, ist: Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit. Das meint nicht Selbstaufgabe, sondern, dass jeder mit seiner Identität und Geschichte in einer vielgestaltigen Gesellschaft seinen Platz auf der Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung findet.

2. Wie beurteilen Sie den bisherigen Umgang der Stadt Würzburg mit Migranten?

Dass es hier nicht zum Besten steht, zeigt schon allein die Tatsache, dass beide Referenten, die ja bisher in der Stadtverwaltung verantwortlich waren, hier gravierende Änderungen planen. Wenn gleich die Stadt nicht für die Gemeinschaftsunterkunft verantwortlich ist – über die Zustände und Rahmenbedingungen entscheidet die CSU-Staatregierung –, so gibt es noch größere Einwirkungsmöglichkeiten bei der Ausländerbehörde und über den Ausländerbeirat, der jetzt schon wichtiger Ansprechpartner bei Problemen ist.

3. Ist eine Willkommenskultur notwendig? Wenn ja: Wie wollen Sie sie konkret gestalten? Und was erwarten Sie von den Migranten?

Eine Willkommenskultur ist notwendig: kostenlose Sprachförderung, Teilhabe an Bildung, Kultur und Vereinsleben einerseits, Schaffung von Begegnungsräumen, regelmäßige Schulung der Mitarbeiter in der Stadtverwaltung.

Wir erwarten von den Migranten ein Interesse für die deutsche Kultur, eine Bejahung der freiheitlich-demokratischen Ordnung und den Willen, die deutsche Sprache zu erlernen.

4. Ist es notwendig, das Einleben von Migranten zu unterstützen? Wenn ja: Ist ausreichend, was bislang getan wird? Haben Sie zusätzliche Maßnahmen im Sinn (welche)?

Integration fordert die ganze Stadtgesellschaft heraus. Die Stadt sollte das neben o.g. Maßnahmen unterstützen durch Hilfe bei der Wohnungssuche, durch Förderung des Miteinanders in den Stadt-

teilen (z.B. Quartiersbeauftragte), ein Zugehen auf Vereine und Verbände. Auch das schon Erreichte sollte gewürdigt werden; wir denken da an die Arbeit von St. Egidio und anderen. Es gibt in Würzburg immerhin über 30 internationale Gesellschaften, deren Ziele u.a. die Integration und Hilfe für Migranten ist. Zudem muss der Ombudsrat gegen Diskriminierung mit einer eigenen Stelle gestärkt werden.

5. Die Ausländerbehörde ist die zentrale Anlaufstelle für Migranten. Wie schätzen Sie ihre Arbeit/Wirkung ein? Soll sie bleiben wie sie ist oder beabsichtigen Sie Veränderungen (welche)?

Die Ausländerbehörde ist ein ausführendes Organ mit gesetzlichen Vorgaben, wodurch auch die Mitarbeiter unter enormer Belastung stehen. Hauptaugenmerk muss auf der Personalentwicklung liegen: Die Mitarbeiter, die ja gleichzeitig einfühlsam und belastbar sein müssen, brauchen Supervision und fortlaufende Schulung, damit sie ein gutes Klima schaffen können. Dann müssen sie ermutigt werden, die Ermessensspielräume zu nutzen und nicht zu eng auszulegen.

6. Wie beurteilen Sie die Situation der Asylbewerber in der Gemeinschaftsunterkunft in der Veitshöchheimer Straße? Sollten Sie sie für verbesserungswürdig halten: Was werden Sie unternehmen?

Verbesserungswürdig ist fast alles, 500 Leute leben auf engem Raum zusammen ohne Privatsphäre, die Häuser sind marode, die sanitären Einrichtungen unzureichend. Dafür ist die Regierung zuständig; wir können froh sein, dass hier viel ehrenamtlich geleistet wird.

Handlungsspielräume der Stadt liegen in der Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Leben: Freikarten für den ÖPNV, Museumseintritte, Restkarten des Stadttheaters – das sind kleine, wichtige Gesten, die große Wirkung bei den Betroffenen haben.

Desweiteren gibt es in der GU etliche auszugsberechtigte Flüchtlinge, die keine Wohnung finden. Hier kann die Stadt das Projekt „Move in“ von Caritas und Staatsregierung unterstützen, indem sie vermittelnd tätig wird, z.B. bei den Wohnungsgenossenschaften, und indem sie selbst einige Wohnungen der Stadtbau bereitstellt.